

Lage der Unternehmensfinanzierung

Unternehmensfinanzierung vor strukturellen Herausforderungen

30. November 2020

Insgesamt konnte die deutsche Wirtschaft die bisherigen, Corona-bedingten Einbrüche gut abfedern. Der in der Krise bei vielen massiv gestiegene Liquiditätsbedarf wurde mit Hilfe von Bankkrediten und Förderprogrammen weitgehend gedeckt, und im 3. Quartal haben die Unternehmen einen großen Teil der zuvor aufgenommenen Liquidität wieder zurückgegeben. Die Nachfrage nach Investitionskrediten war allerdings sehr verhalten. Die Unternehmen fahren angesichts der fortbestehenden Unsicherheit weiter auf Sicht. Wichtig ist aber, dass die – nun teilweise bilanziell geschwächten – Unternehmen Investitionen in eine nachhaltige und digitale Wirtschaft, die global wettbewerbsfähig bleibt, bald in Angriff nehmen. Dies muss durch eine sinnvolle Kombination von privatem und öffentlichem Kapital gefördert werden. Erforderlich sind auch entsprechende Rahmenbedingungen unter anderem in der Bankenregulierung und -aufsicht und in der Förderpolitik. Auch die Exportfinanzierung und die Nachhaltigkeitsfinanzierung stehen vor strukturellen Herausforderungen – private Banken leisten in beiden Bereichen einen zentralen Beitrag.



Themenüberblick

Konjunktur

Unsicherheit bleibt hoch

Die gesamtwirtschaftliche Leistung in 2020 dürfte um 5,5 % gegenüber Vorjahr sinken. Während die Aussicht auf einen Impfstoff positiv stimmt, bleiben mit den Einschränkungen für viele Unternehmen und der fortbestehenden Unsicherheit über den weiteren Pandemieverlauf die Erwartungen für den Jahresstart 2021 zurückhaltend. [>Seite 2](#)

Unternehmen und Banken

Der Blick nach vorne

Bislang konnte der krisenbedingte Liquiditätsbedarf der Unternehmen überwiegend gedeckt werden. Entscheidend ist, die richtigen Rahmenbedingungen und Unterstützungsprogramme zu beschließen, um Investitionen in die Transformation der Wirtschaft anzustoßen und zu finanzieren. [>Seite 4](#)

Bankenstatistik und Unternehmensfinanzierung

Kreditvergabe in Q3/2020

Das Volumen ausgereicherter Kredite ist im 3. Quartal 2020 gegenüber Vorquartal leicht zurückgegangen. Insbesondere die kurzfristigen Kredite wurden – wie schon im 2. Quartal 2020 – zurückgeführt. Die Kreditkonditionen haben sich leicht verschärft. [>Seite 7](#)

Positionspapier des Bankenverbandes

Exportfinanzierung

Die Corona-Krise hat den Wettbewerbsdruck auf die deutsche Exportwirtschaft und Außenhandelsfinanzierung deutlich verschärft. Um das Exportgeschäft auch zukünftig wettbewerbsfähig finanzieren zu können, sind bessere Rahmenbedingungen notwendig. [>Seite 9](#)

Positionspapier des Bankenverbandes

Sustainable Finance

Die privaten Banken in Deutschland können einen zentralen Beitrag leisten, um Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften zu stärken. [>Seite 11](#)

fokus:unternehmen

Digitaler Finanzbericht – DiFin

Mit dem „Digitalen Finanzbericht“ kann bei der Übertragung der Jahresabschlüsse eines Unternehmens an ein Kreditinstitut der bisher übliche Medienbruch überwunden werden. [>Seite 14](#)

Unsicherheit bleibt hoch

Kräftige Erholung der Sommermonate ...

Konjunkturbeobachter durchleben zurzeit ein Wechselbad der Gefühle: Nach der tiefen Rezession im ersten Halbjahr dieses Jahres hat sich die Wirtschaft in Deutschland – ähnlich wie in allen wichtigen Industriestaaten der Welt – im dritten Quartal spektakulär erholt. Bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) konnten hierzulande rund 2/3 des pandemiebedingten Wirtschaftseinbruchs ausgeglichen werden.

... erhält im Jahresendquartal einen empfindlichen Dämpfer

Inzwischen ist Deutschland wirtschaftlich aber wieder in eisigere Zeiten geraten: Die in ganz Europa kräftig gestiegenen Infektionszahlen dämpfen – zusammen mit den neuerlichen Beschränkungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens – die Erholung im vierten Quartal dieses Jahres empfindlich. Aus heutiger Sicht ist in den letzten drei Monaten dieses Jahres wieder ein Rückgang der Wirtschaftsleistung gegenüber der Vorperiode zu befürchten.

Das liegt zum einen an den angeordneten Einschränkungen in wichtigen Zweigen des Dienstleistungssektors, allen voran dem Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie weiten Teilen des Kultur-, Freizeit- und Eventgeschäfts. Aber auch der gesamte Tourismussektor sowie Flug-, Bahn- und Busunternehmen erleben einen erneuten Einbruch. Hinzu kommt die mit den Infektionszahlen gestiegene Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Bei den privaten Haushalten führt sie beispielsweise wegen der größeren Arbeitsplatzunsicherheit zu einer noch stärkeren Kaufzurückhaltung, und in den Unternehmen

werden Investitionsvorhaben weiter aufgeschoben. Für die Banken in Deutschland wird sich beides in einer schwächeren Nachfrage nach Konsum- und Unternehmenskrediten niederschlagen.

Industriesektor weniger stark getroffen

Die neue europäische Infektionswelle wird auch die Exporte der deutschen Industrie in die europäischen Nachbarstaaten wieder dämpfen. Etwas gelindert wird dieser Effekt aber dadurch, dass sich die Konjunktur in China sehr stabil zeigt. Gerade in der für die deutsche Wirtschaft besonders wichtigen Automobilindustrie ziehen die Exporte nach China wieder an. Außerdem sind – anders als während des Lockdowns im Frühjahr dieses Jahres – derzeit keine Störungen der industriellen Lieferketten zu befürchten.

Tiefes Minus für das Gesamtjahr 2020

Auf die BIP-Entwicklung im gesamten Jahr 2020 hat das noch laufende vierte Quartal dieses Jahres allerdings keinen entscheidenden Einfluss mehr. Unter der Annahme, dass sich das Minus beim BIP zum Jahresausklang auf etwa 1 bis 1 ½ % begrenzen lässt, wird die gesamtwirtschaftliche Leistung im Jahresdurchschnitt 2020 gegenüber dem Vorjahr um rund 5 ½ % sinken. Das würde in etwa dem Rückgang während der Finanzkrise entsprechen. Damals, im Jahr 2009, schrumpfte die Wirtschaftsleistung in Deutschland um 5,7 %.

Hohes Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr

Mit einer weiterhin sehr hohen Unsicherheit ist der wirtschaftliche Ausblick für das kommende Jahr behaftet. Er steht und fällt mit dem Pandemie-Verlauf in Deutschland und den europäischen Nachbarstaaten sowie der

Verfügbarkeit eines wirksamen Impfschutzes für breite Bevölkerungsschichten.

Können die sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen Anfang 2021 allmählich wieder gelockert werden und sollten sich die Infektionszahlen dann auf einem kontrollierbaren Niveau halten, dürfte die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland im ersten Vierteljahr 2021 wieder etwas wachsen. Daran würde auch die Tatsache nichts ändern, dass zum Jahresbeginn die temporäre Mehrwertsteuersenkung um drei Prozentpunkte wieder ausläuft. Eine zweite Rezession, also ein sinkendes BIP in mindestens zwei aufeinanderfolgenden Quartalen, könnte dann verhindert werden. Dieses Szenario wird dadurch gestützt, dass die Chancen auf einen zügigen Impfstart gestiegen sind und im nächsten Jahr die Verfügbarkeit von Impfstoffen wohl kontinuierlich steigen wird.

Sollten die Impfungen rasch und erfolgreich anlaufen, würden im Jahresverlauf 2021 auch die Konsum- und Investitionszurückhaltung ein Ende finden. Zusammen mit gewissen Nachholeffekten wäre im Durchschnitt des kommenden Jahres dann ein recht ordentliches Wirtschaftswachstum von etwa 3 ½ bis 4 1/2 % möglich.

Das Abwärtsrisiko für diese Prognose liegt in einer ungünstigeren Pandemieentwicklung, vor allem aber in der Gefahr von Rückschlägen und zeitlichen Verzögerungen beim möglichen Impfschutz.

Aber: Belastungen durch Spätfolgen

Die Chancen auf eine nennenswerte positive Konjunkturüberraschung sind hingegen recht begrenzt. Selbst bei einer schnellen und erfolgreichen Pandemiebekämpfung dürfte

das Wachstumstempo in Deutschland 2021 nur schwer über die Schwelle von 5 % kommen.

Das liegt zum einen daran, dass sich im kommenden Jahr verstärkt die verschiedenen Spätfolgen der Pandemie bemerkbar machen werden. Dazu gehören zum Beispiel die deutlich höhere Verschuldung von Unternehmen und öffentlichen Haushalten. Die höhere Staatsverschuldung macht es erforderlich, dass der Expansionsgrad der Fiskalpolitik gedrosselt wird – am besten über ein langsames Ausgabenwachstum der öffentlichen Hand. Die Verschuldung der Unternehmen belastet deren Finanzkraft und wird tendenziell die Investitionsbereitschaft dämpfen.

Hinzu kommen wirtschaftliche Bremseffekte durch eine, aller Voraussicht nach, steigende Zahl von Insolvenzen. Dies wird mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, dem abrupten Abschreiben von Investitionen und einem höheren Ausfall von Kreditforderungen einhergehen.

Außerdem kommen die kurzfristigen Folgen des strukturellen Wandels hinzu. Stichworte sind hier insbesondere Klimaneutralität, Energiewende und Digitalisierung. Diese strukturellen Änderungen werden – zumindest in der kürzeren Frist – zu nennenswerten Anpassungskosten in der Wirtschaft und bei den Konsumenten führen.

Unternehmen und Banken: erste Welle, zweite Welle, Blick nach vorne

Rückblick

Viele Unternehmen in Deutschland sind mit hohen Eigenkapitalquoten und zugleich günstigen Fremdfinanzierungskonditionen in die Corona-Krise gestartet. Insgesamt konnte die deutsche Wirtschaft die bisherigen Einbrüche gut abfedern. Der in der Krise bei vielen massiv gestiegene Liquiditätsbedarf wurde mit Hilfe von Bankkrediten und Förderprogrammen weitgehend gedeckt. Börsennotierte Unternehmen nutzten zudem den Kapitalmarkt und emittierten zwischen März und Juli 2020 in hohem Maße Anleihen (Zuwachs des Gesamtvolumens in diesem Zeitraum um 16 %).

Im August ist die Nachfrage nach Liquidität wieder zurückgegangen. Bis Ende September 2020 hatten Unternehmen – sofern es ihnen möglich war – einen großen Teil der zuvor aufgenommenen Liquidität wieder zurückgegeben und damit aktiv zu ihrer Entschuldung beigetragen. Auch die im Rahmen des KfW-Sonderprogramms 2020 beantragten Kredite stagnierten nahezu. Das von der KfW zugesagte Volumen liegt seit Ende August bei rund 45 Mrd. Euro. Zudem wurden hiervon nur rund 50 % von den Unternehmen auch abgerufen. Dazu beigetragen haben auch die mit den KfW-Krediten verbundenen Auflagen – vor allem das Gewinnausschüttungsverbot. Zugleich blieb die Nachfrage nach Investitionskrediten auch im 3. Quartal 2020 sehr verhalten.

Obwohl die Insolvenzantragspflicht für zahlungsunfähige Unternehmen seit dem 1. Oktober 2020 wieder gilt (nur für überschuldete Unternehmen bleibt sie bis Ende des Jahres aufgehoben), stieg die Zahl der

gemeldeten Insolvenzanträge auch im Oktober 2020 nicht an. Dies mag teilweise mit Kapazitätsengpässen bei den Amtsgerichten zu tun haben, dürfte aber überwiegend daher rühren, dass die meisten Unternehmen noch hinreichend liquide sind.

Es gibt unterschiedliche Schätzungen, wann und in welchem Umfang mit steigenden Insolvenzen zu rechnen ist. Die privaten Banken sehen sich für die aus heutiger Sicht zu erwartenden Kreditausfälle gewappnet.

Zweite Welle

Im Zuge der zweiten Infektionswelle und erneuter Einschränkungen in Teilen der Wirtschaft könnte der Liquiditätsbedarf zum Jahresende wieder zunehmen. Es wurde beschlossen, den EU-Beihilferahmen (EU Temporary Framework) für Unterstützungsmaßnahmen und auf dieser Grundlage das KfW-Sonderprogramm 2020 bis Ende Juni 2021 zu verlängern.

Der sogenannte Schnellkredit (mit 100 % Haftungsfreistellung) wurde Anfang November 2020 auch für Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern geöffnet. Allerdings müssen bei der Ermittlung des jeweiligen Maximalbetrags die vom einzelnen Unternehmen bereits erhaltenen Zuschüsse (Soforthilfe, Überbrückungshilfe, Novemberhilfe) berücksichtigt werden.

Strukturelle Herausforderungen

Mit dem – im kommenden Jahr – absehbaren Ende der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen geraten die strukturellen Herausforderungen der deutschen und europäischen Wirtschaft wieder in

den Blick: Die Transformation in eine nachhaltige und digitale Wirtschaft, die global wettbewerbsfähig bleibt. Insbesondere mittelständische Firmen verfügen nicht immer über ausreichend Eigenkapital, um die Finanzierung erforderlicher Investitionen tragen zu können. Es darf allerdings nicht sein, dass nun aus Unsicherheit die (teilweise bilanziell geschwächten) Unternehmen die notwendigen Investitionen weiter zurückstellen. Dadurch würde wertvolle Zeit verloren gehen.

Um mit einer sinnvollen Kombination von privatem und öffentlichem Kapital Investitionen von Unternehmen in transformative Schlüsseltechnologien zu fördern, sollte (jenseits der aktuellen Nothilfen und der damit verbundenen Auflagen) der Baustein „Risikoteilung“ (Haftungsfreistellung) zwischen Bank und Förderbank zumindest übergangsweise stärker als Option genutzt werden.

Insgesamt müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen – Bankenregulierung und -aufsicht, Steuern, Förderprogramme, Ausbau der Kapitalmarktunion – konsequenter darauf ausgerichtet werden, zukunftsfähige Projekte und Unternehmen zu mobilisieren und zu unterstützen.

Rahmenbedingungen für Banken

Gesetzgeber und Bankenaufsicht haben in der Krise umsichtig und flexibel reagiert. So hat beispielsweise die EBA den Handlungsspielraum der Kreditinstitute im Umgang mit gesetzlichen ebenso wie privaten Kreditstundungen erweitert: Sofern die Moratorien bestimmte Bedingungen erfüllten, wurden die prozyklische Effekte einer solchen Stundung (in den Bilanzen der Banken) verhindert. Der Bankenverband hatte auf dieser Basis private Kredit-Moratorien (sowohl für Privat- als auch Unternehmenskunden betreffend) erarbeitet, die die Banken ihren Kunden bei Bedarf anbieten konnten.

Wie schon im ersten Halbjahr 2020 gilt auch weiterhin, dass Banken selbst zu Betroffenen der Krise werden können und zum Beispiel ihre eigene Liquiditätsversorgung leidet. Zum einen, wenn Unternehmen und institutionelle Investoren in großem Umfang fällig werdende Termin- in Sichteinlagen umwandeln oder ganz abziehen. Zum anderen, wenn Unternehmen bei einer Verschlechterung ihres Ratings aus dem Besicherungsrahmen der Bundesbank herausfallen (d. h. Banken können diese Kredite nicht mehr als Sicherheiten gegen Zentralbankliquidität hinterlegen).

Um in der Folge die Kreditvergabe nicht unnötig zu verschärfen, sollte der auf europäischer Ebene bereits geschaffene und in vielen Ländern angewandte Rahmen für Zentralbanken (Additional Credit Claims, ACC) auch von der Bundesbank voll ausgeschöpft werden.

Die regulatorischen Maßnahmen der vergangenen Jahre (deutlich höhere Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen) haben die Banken stabiler gemacht – könnten aber zu

einer übervorsichtigen Kreditvergabe in oder nach der Krise führen.

Banken brauchen ein regulatorisches Umfeld, das ihnen – gerade in der Aufschwungsphase und zur Finanzierung der Transformation der Wirtschaft – den notwendigen Freiraum zur Kreditvergabe lässt.

Die geplante Umsetzung von Basel IV in EU-Recht wird erhebliche Auswirkungen auf die Kreditinstitute haben. Bereits mit der Veröffentlichung des entsprechenden Gesetzesentwurfs würden Banken zu ersten Reaktionen und Anpassungen gezwungen. Der Legislativentwurf sollte daher zurückgestellt werden, bis die mit der Krise verbundene Unsicherheit abgeklungen ist und eine aktuelle Auswirkungsstudie (Impact Study) mit belastbaren Erkenntnissen auch für das Jahr 2020 vorgelegt werden konnte.

Kreditvergabe der Banken im 3. Quartal 2020

Das ausstehende Kreditvolumen von Unternehmen und Selbständigen ist im 3. Quartal dieses Jahres insgesamt leicht zurückgegangen (-0,6 % gegenüber Vorquartal). Die im 1. Quartal 2020 stark ausgeweiteten kurzfristigen Kredite wurden, wie schon im 2. Quartal 2020, wieder abgebaut, hingegen wuchs das Volumen langfristiger Kredite weiter an. Während das Volumen bei den Kunden der privaten Banken nur leicht über dem Niveau von Jahresbeginn liegt und Ausdruck breiter Entschuldung sind, stieg es bei

Sparkassen und Volksbanken – offenbar aufgrund eines höheren Liquiditätsbedarf der Kunden – weiter an.

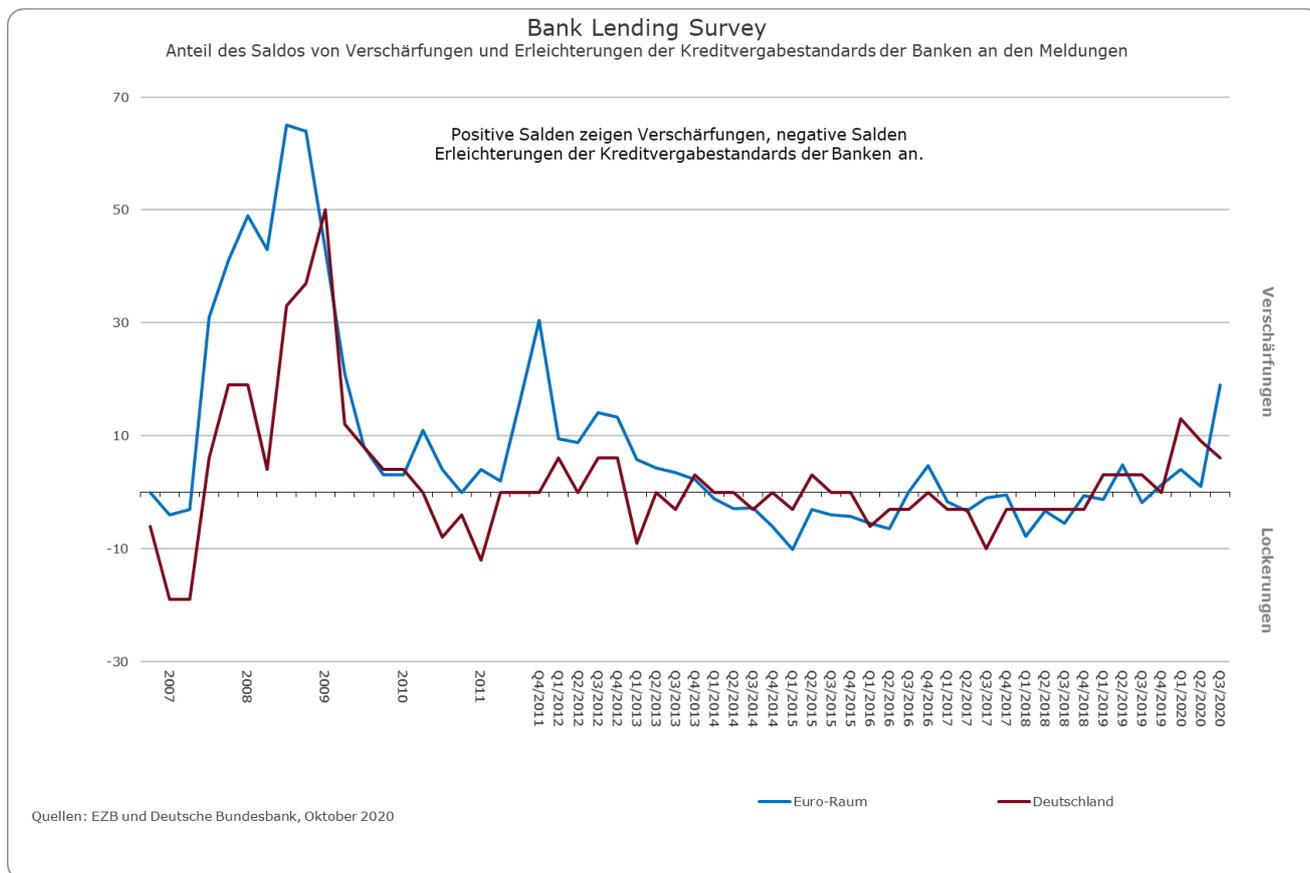
Die Nachfrage nach Investitionskrediten blieb – wie schon im Vorquartal – verhalten. Die Finanzierungsbedingungen wurden – laut EZB Bank Lending Survey – in Deutschland leicht verschärft, allerdings ausgehend von einem nach wie vor sehr günstigen Niveau.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbständige (Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen)

Quartal	Insgesamt*	Kreditbanken	Sparkassen	Landesbanken	Kreditgenossen
Stand Quartalsende in Mrd. €					
Q4/2018	933,57	280,38	269,85	134,14	190,95
Q3/2019	973,95	294,17	278,83	115,30	199,89
Q4/2019	976,29	294,04	280,82	114,17	201,19
Q1/2020	1.000,52	306,02	284,67	116,35	204,36
Q2/2020	1.015,06	309,15	287,96	115,41	206,63
Q3/2020	1.008,45	296,74	290,47	112,99	207,72
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)					
Q4/2018	5,0	6,6	4,0	4,7	5,3
Q3/2019	4,5	3,9	3,9	1,9	6,6
Q4/2019	4,5	4,1	4,4	1,1	6,2
Q1/2020	4,9	5,4	4,3	2,5	5,2
Q2/2020	4,5	3,2	4,4	1,2	5,2
Q3/2020	3,8	1,0	4,2	-1,3	5,3

*Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, November 2020.



Positionspapier Exportfinanzierung

Deutschland zählt zu den größten Exportnationen der Welt. Allein ein Viertel der deutschen Arbeitsplätze hängt direkt oder indirekt vom Ausfuhrgeschäft ab; in der Industrie ist es sogar mehr als jedes zweite Beschäftigungsverhältnis. Der Außenhandel ist von wesentlicher Bedeutung für Wachstum und Wohlstand des Landes, hat maßgeblich zu seiner ökonomischen Erfolgsgeschichte beigetragen. Zugleich hat sich die deutsche Volkswirtschaft aber auch von globalen Entwicklungen abhängig gemacht, auf die sie nur teilweise Einfluss hat. Gerade in jüngster Zeit ist deutlich geworden, wie anfällig das deutsche Wirtschaftsmodell in Zeiten der Krise sein kann. Für den Außenhandel und damit auch für die Außenhandelsfinanzierung zählen Protektionismus, Handelsbeschränkungen, nationale Egoismen und globale Unsicherheiten zu den gravierendsten externen Risikofaktoren der letzten Jahre. Mit dem anstehenden Regierungswechsel in den USA ist zwar die Hoffnung auf eine Rückkehr zu einer verlässlichen internationalen Handelspolitik verbunden. Die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden nationalen Reflexe vieler Staaten erzeugen jedoch anhaltende Unsicherheiten für die Finanzierung des Außenhandels. Sicher scheint: Deutschlands Exportwirtschaft wird in zunehmendem Maße mit Wirtschaftssystemen konkurrieren, die stärker auf staatliche Hilfen, Marktabschottung, Interventionen und subventionierte Finanzierungen setzen. China dürfte seine Position als Global Player weiter ausbauen. Erschwerend kommt hinzu, dass politische Forderungen in Deutschland nach Renationalisierung die Finanzierungsbereitschaft für Exporte zu belasten drohen. Im Ergebnis zeichnet sich ab, dass die Kosten der Risikoabdeckung steigen und Finanzierungs-

schwierigkeiten für Exportunternehmen zunehmen. Der Wettbewerb im Außenhandels-geschäft wird sich verschärfen.

Neue Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sind in dem jüngst vereinbarten asiatischen Handelsabkommen RCEP bereits angelegt. Das Abkommen macht die Wirtschaftsregion Ostasiens zunehmend unabhängig von den Wirtschaftsräumen in Europa und Nordamerika. Die wertorientierten Handelsprinzipien des OECD-Konsensus werden weiter herausgefordert, ein Level-Playing-Field könnte schwieriger zu realisieren sein.

Gleichzeitig stehen Außenwirtschaft und Außenhandelsfinanzierung vor der großen Herausforderung, die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit zu gestalten. Aus Sicht der Außenhandelsfinanzierung ergeben sich hieraus einerseits zusätzliche kalkulatorische Risiken, andererseits aber auch Chancen, neue Technologien voranzutreiben, mit deren Hilfe die Nachhaltigkeitsziele umgesetzt werden können.

Auch auf einem anderen Gebiet tut sich viel. Die Corona-Pandemie hat die für den Außenhandel wichtige Digitalisierung noch einmal beschleunigt. Die digitale Transformation hat das Potenzial, die Güterherstellung und damit die grundsätzliche Logik des Exports fundamental zu verändern. Schon heute rücken digitale Leistungen immer mehr in den Vordergrund. Hierauf wird sich die Exportfinanzierung einstellen müssen.

Die einschneidenden Umbrüche im Welt-handel machen den Handlungsdruck auf die Außenwirtschaftspolitik größer denn je. Die Außenwirtschaftsförderung muss darauf ausgerichtet werden, dass Exportwirtschaft und

Exportfinanzierung den Wettbewerb erfolgreich bestreiten und neue Märkte erschließen können. Hier kommt insbesondere dem afrikanischen Markt eine große Bedeutung zu. Die Außenhandelsfinanzierung braucht erweiterte Instrumente, um ihren Beitrag für eine nachhaltige Wirtschaft leisten zu können. Das setzt allerdings konsistente Rahmenbedingungen für alle Beteiligten voraus. Wenn durch die digitale Transformation Dienstleistungen und Daten an Bedeutung für den Export gewinnen, müssen auch die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung dieser neuen Logik gerecht werden. An der Zielsetzung, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Außenwirtschaft – in einem schwierigen Umfeld – zu gewährleisten, müssen auch Regulierungsansätze gemessen werden. Die Regulierung muss neben der Stabilität der Banken auch wieder mehr ihre Handlungsfähigkeit in den Blick nehmen.

Dieses Positionspapier identifiziert zukunftsrelevante Veränderungen der Außenwirtschaft und zeigt Implikationen für die Außenhandelsfinanzierung auf. Die privaten Banken möchten die Herausforderung gemeinsam mit Industrie und Politik angehen und Lösungen umsetzen.

[Positionspapier](#)

Sustainable Finance

Banken haben eine Schlüsselrolle

Um die Wirtschaft bis zum Jahr 2050 hin zu einem treibhausgasneutralen Handeln zu transformieren, muss das Pariser Klimaabkommen erfüllt, darüber hinaus aber auch Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) erreicht werden. Dem Finanzsektor und damit den privaten Banken kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Denn sie finanzieren die wirtschaftliche Transformation und können somit einen zentralen Beitrag zur Erreichung der globalen und nationalen Klimaziele leisten. Schon in den vergangenen Jahren sind von der privaten Kreditwirtschaft insgesamt wichtige Impulse zum Klimaschutz ausgegangen. Zahlreiche Mitgliedsbanken haben sich frühzeitig bei internationalen Initiativen eingebracht – zum Beispiel bei der Ausgestaltung der UN Principles for Responsible Banking. Von der Expertise und der internationalen Ausrichtung vieler Mitgliedsinstitute kann der Bankenverband profitieren und auf Erfahrungen aus anderen Ländern zurückgreifen. Das Anliegen des Bankenverbandes ist es, diese Aktivitäten noch stärker miteinander zu verzahnen, aufeinander abzustimmen und alle Mitgliedsinstitute für Sustainable Finance zu begeistern.

Der zunehmenden Nachfrage gerecht werden

Das Interesse der Kunden am Thema Klimaschutz wächst beständig, das belegt eine Vielzahl von Umfragen. Damit die Banken dem zunehmenden Beratungsbedarf gerecht werden, werden die Banken ihr Schulungsangebot kontinuierlich ausbauen. Denn letztlich ist Bildung auch hier der Schlüssel, um die Transformation voranzutreiben und mit den Kunden auf Augenhöhe zu sprechen.

Zusammen mit der Bankenakademie unterstützt der Bankenverband seine Mitglieder und entwickelt hierfür spezielle Formate. Mit Blick auf die europäischen und nationalen Klimaschutz-Gesetzgebungsverfahren wird auch die Nachfrage nach passgenauen Produkten zur Finanzierung von Transformationsprozessen in Unternehmen weiter zunehmen. Schon heute bieten die privaten Banken eine breite Produktpalette an, die von Sustainability-linked Loans über Green Bonds und grünen Schuldscheinen bis hin zu nachhaltig gemanagten Fonds reicht. Die privaten Banken entwickeln dieses Angebot stetig weiter und konzipieren Produkte, die es den Kunden ermöglichen, die Transformationsprozesse nicht nur zu bewältigen, sondern gestärkt aus ihnen hervorzugehen. Angesichts der historischen Herausforderung und des breiten gesellschaftlichen Konsenses über die Notwendigkeit von schnellen Klimaschutzmaßnahmen sollte die Finanzwirtschaft jetzt nicht einfach auf weitere regulatorische Schritte warten, sondern rasch aktiv zu werden. Regulierung sollte auf diesem Gebiet ohnehin nicht als Gefahr, sondern als Ansporn verstanden werden, mit guten Ideen zu den „First Movern“ zu gehören. Trotz des bestehenden Wettbewerbs unter den Banken sollten alle gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um die Operationalisierung notwendiger Maßnahmen zeitnah sicherzustellen und ein gemeinsames Marktverständnis zu schaffen.

CO₂-Emissionen bei der Kreditvergabe stärker berücksichtigen

Da CO₂-Emissionen in der Vergangenheit bei der Vergabe von Krediten keine große Rolle spielten, ist die Datenlage in diesem Kontext gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen noch sehr dünn. Die privaten Banken

arbeiten jedoch inzwischen mit Hochdruck daran, den Klimaeffekt, der von den Geschäften ihrer Kunden ausgeht, besser zu verstehen. Dazu müssen im Kredit- und Handelsgeschäft zunächst Portfolien nach Branchen segmentiert werden. Auf dieser Grundlage können sich die Institute dann auf die Sektoren fokussieren, die den größten Beitrag zum CO₂-Emissionsvolumen leisten (z. B. Energiewirtschaft, verarbeitendes Gewerbe, Verkehr und Mobilität, Gebäudewirtschaft). Einige private Banken sind schon heute in der Lage, mithilfe von Modellen den CO₂-Fußabdruck ihrer Kunden zu bestimmen. Andere wiederum befinden sich noch in der Auswahlphase geeigneter Modelle. Nach und nach sollte die Messung der CO₂-Emissionen, die mit einer kreditfinanzierten Aktivität verbunden sind, bei allen Banken zum Standard gehören. Auf Basis dieser Messungen können die Institute in einem weiteren Schritt Vorgaben für ihr (Neu-)Geschäft definieren, um so ihre Portfolien auf die Erreichung des 2°C-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens auszurichten. Um die Portfolien entsprechend auszurichten, gibt es verschiedene Instrumente, die schon heute zum Einsatz kommen. Einige schließen die Finanzierung bestimmter Branchen komplett aus, andere setzen sich feste und gegebenenfalls zeitlich gestaffelte Obergrenzen für das Finanzierungsvolumen bestimmter Branchen. Hier gibt es keinen Königsweg: Finanzierungen für ein klimaschädliches Zementwerk bereitzustellen, um dessen Effizienz zu steigern, kann unter Umständen wirkungsvoller sein, als die Finanzierung zu verweigern. Ausschlüsse von bestimmten Branchen oder Unternehmen fassen oft das Problem nicht an der Wurzel. Im Zweifel werden derartige Finanzierungen dann von sogenannten Schattenbanken übernommen, die nicht so reguliert sind und nicht über ihr Nachhaltigkeitsengagement berichten. Die Begleitung

der Kunden bei der Transformation durch Banken ist deshalb die bessere Variante.

Kreditrisiken messen und managen

Der Klimawandel und die damit verbundene Transformation der Wirtschaft können einen wesentlichen Risikotreiber für viele Banken darstellen. Die privaten Banken arbeiten daran, diese Risiken zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Europäische Zentralbank (EZB) haben mit ihren Leitfäden zur Behandlung von Klimarisiken bereits wertvolle Impulse gegeben und die richtigen Fragen aufgeworfen. Jetzt muss es darum gehen, abzuschätzen, wie sich der Klimawandel auf die einzelnen Branchen auswirkt. Es müssen gute und plausible Szenarien entwickelt werden, die Aussagen zur Veränderung der Bonität eines Kunden und damit zu seinem Ausfallrisiko möglich machen. Einen solchen Zusammenhang aus CO₂-Emissionen und Ausfallwahrscheinlichkeit so zu beschreiben, dass brauchbare Ergebnisse für die Steuerung einer Bank generiert werden, ist allerdings alles andere als trivial. Denn das Ausfallrisiko eines Kunden mit hohen CO₂-Emissionen kann hoch sein, muss es aber nicht. Die Verknüpfung von Risiko und Treibhausgasemissionen ist eine drängende, noch zu lösende Aufgabe. Der Bankenverband setzt sich im Dialog mit Regelsetzern und Aufsichtsbehörden dafür ein, dass das Risikomanagement weiterhin höchsten Standards entspricht, zugleich aber neue Entwicklungen im Bereich Klimarisiken angemessen abbildet. Gesucht sind dabei praktikable Lösungen, jedoch keine Schnellschüsse.

Den Dialog mit Politik und Stakeholdern führen

Die Transformation der Wirtschaft gelingt nur zusammen mit den Banken. Dieser Rolle sind sich die privaten Banken bewusst. Benötigt wird aber auch der passende legislative und regulatorische Rahmen, damit finanzielle Mittel in ausreichendem Maße in den Klimaschutz und in die Transformation der Unternehmen fließen können. Dabei geht es vor allem darum,

- die Nachfrage nach nachhaltigen Investitionen und Konsum kontinuierlich zu steigern. Dazu gehört, den europäischen Emissionshandel sukzessive zu verbreitern. Zudem können risikoreichere ESG-Projekte stärker durch die öffentliche Hand unterstützt werden, zum Beispiel durch eine staatliche Risikobeteiligung in Form von Garantien oder Haftungsfreistellungen;
- die Eigenkapitalanforderungen für Kredite, die der Finanzierung nachhaltiger Investitionen dienen zu senken, um die

Wirtschaftlichkeit nachhaltiger Investitionen zu erhöhen und Finanzierungsfreiräume zu schaffen;

- die Transparenz in Bezug auf CO₂-Emissionen zu verbessern, da die Kreditwirtschaft bei der Bewertung von Nachhaltigkeitsaspekten auf verlässliche und aussagekräftige Daten aus der Realwirtschaft und von Bankkunden angewiesen ist;
- die bisher primär für Zwecke des Kapitalmarktes entwickelte, sehr umfangreiche Taxonomie möglichst schlank und praktikabel auszugestalten, und geeignete Wege zu finden, damit sie auf das Kreditgeschäft von Banken Anwendung finden kann.

Mit den ins Auge gefassten Maßnahmen stellen sich die privaten Banken ihrer Verantwortung und wollen die notwendigen Veränderungsprozesse initiieren, um den Weg hin zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft zu ebnen.

[Positionspapier](#)

Digitaler Finanzbericht

Seit April 2018 haben viele Kreditinstitute auf das neue, bundesweit einheitliche Standardverfahren „Digitaler Finanzbericht“ umgestellt. Jahresabschlüsse können nun an teilnehmende Finanzinstitute auf diesem digitalen Weg sehr einfach übertragen werden.

Damit wird der verbliebene Medienbruch überwunden. Wie schon bisher werden die Abschlussdaten sowohl beim Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer als auch bei den Finanzinstituten unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu Datenschutz und Datensicherheit verarbeitet.

[fokus:unternehmen](#)